



Dezember 2009

## 1997

Am 28. Februar 1997 wurde das Gesetz zur Reform des öffentlichen Dienstrechts im Bundesgesetzblatt verkündet. Die Grundgehaltstabellen wurden neu festgelegt. So erfolgte eine Umgestaltung der Grundgehaltssätze, um das Einkommen der Beamtinnen und Beamten in früheren Dienstjahren rascher und stärker ansteigen zu lassen. Dies wurde durch eine Belastung der älteren Beamtinnen und Beamten finanziert. Auch sollten finanzielle Freiräume zur Finanzierung von Leistungsanreizen geschaffen werden. Berechnungen für das Land Berlin ergaben, dass nach heutiger Währung etwa 25 Mio. Euro jährlich zur Verfügung standen, um Leistungszulagen und Leistungsprämien gewähren zu können. Die freigewordenen Personalmittel sind seit 1997 nicht ausgeschöpft worden. Eher ist das Gegenteil der Fall. So hat das Land Berlin auf Kosten der Beamtinnen und Beamten 325 Mio. Euro seit 1997 eingespart. Über die Einsparungen wurde während der Verhandlungen über den Solidarpakt 2003 für den öffentlichen Dienst des Landes Berlin verhandelt. Der Senat hat die jährlichen Einsparbeträge nicht anerkannt. Kurz vor Auslaufen des Solidarpaktes Ende 2009 muss an den zusätzlichen Sparbeitrag im Lichte der Besoldungsrückstände bei den Beamtinnen und Beamten nicht nur erinnert werden. Der Senat ist in der Pflicht, angesichts der Nichtgewährung von Leistungszulagen und Leistungsprämien seit 1997 die eingesparten Finanzmittel für die Besoldungsanpassung ab 1. Januar 2010 zu verwenden. Der Senat ist bei den Beamtinnen und Beamten im Wort. Er kann sich auch nicht damit aus der Verantwortung stehlen, dass die Dienstbehörden zum Beispiel in den Jahren 2001 bis 2008 lediglich in 296 Fällen Leistungsprämien und in 92 Fällen Leistungszulagen gewährt haben. Die Dienstbehörden wiederum dürfen sich nicht damit herausreden, dass ihnen keine zusätzlichen Personalmittel für die Gewährung der Leistungszulagen und -prämien im Haushaltsplan bereitgestellt worden sind. Der finanzielle Ausgleichsanspruch der Beamtinnen und Beamten bleibt in jedem Falle bestehen und wird aus der Sicht des dbb berlin Gegenstand bei den Verhandlungen zum Abbau der Besoldungsrückstände sein.

*Joachim Jetschmann  
Landesvorsitzender des dbb berlin*

# Verwaltungsmodernisierung

## dbb Personalrätekonferenz bemängelt erhebliche Lücken zwischen Theorie und Praxis

Die Lücken, die bei der Verwaltungsmodernisierung in Berlin zwischen Theorie und Praxis klaffen, standen im Mittelpunkt einer heftigen Diskussion der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Personalrätekonferenz des dbb berlin am 23. November 2009 mit dem Berliner Staatssekretär für Inneres, Ulrich Freise. Freise, der die Pläne des Senats unter anderem zur Technisierung der Verwaltung, zur Modernisierung des Laufbahnrechts und zum Personalmanagement vorstellte, sah sich von den Personalräten mit Missständen und Fehlentwicklungen konfrontiert, die geeignet sind, das Modernisierungsprogramm auf ein reines Sparprogramm zu reduzieren.



Freise, der sich fast eine Stunde der Kritik und den Fragen der Personalräte stellte, wurde vom Berliner dbb Chef Joachim Jetschmann für seine Bereitschaft zum offenen Dialog, dem hoffentlich Taten folgen würden, gewürdigt. Zuvor hatte Jetschmann bei der Eröffnung der Personalrätekonferenz den Privatisierungstendenzen im Berliner Justizvollzug eine klare Absage erteilt und Verbeamtungen insbesondere bei Lehrkräften, Gerichtsvollziehern und dem mittleren Justizdienst sowie Rechtspflegerinnen in Zwangsvollstreckungssachen gefordert. Auch die Rückkehr des Landes Berlin in die Tarifgemeinschaft der Länder – TdL – war von

Unter anderem bleibe das angestrebte lebenslange Lernen des Personals bei ständiger Unterbesetzung des Berliner öffentlichen Dienstes zwangsläufig graue Theorie. Auch um die Motivation der Mitarbeiter dürfte es nach jahrelangen besoldungsrechtlichen Benachteiligungen und kontinuierlichem Personalabbau kaum vorbildlich bestellt sein. Heftig kritisierten die Personalräte darüber hinaus, dass dem Personalabbau keine Aufgabenkritik vorangegangen sei und aufgrund von personellem Missmanagement, insbesondere fehlenden Neueinstellungen, eine Überalterung des Personals vorprogrammiert sei, die die Leistungsfähigkeit der Berliner Verwaltung in absehbarer Zeit ernsthaft zu schwächen drohe.



Jetschmann, der die Übernahme des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst – TVöD – anstelle des Tarifvertrages der Länder – TV-L – ablehnte, angemahnt worden.“

### Wolf: Gleichstellungspolitik ist ressortübergreifende Aufgabe

Berlins Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Harald Wolf, unterstrich vor der Personalrätekonferenz die zwingende Notwendigkeit einer ressortübergreifenden Gleichstellungspolitik, wie sie der entsprechende Masterplan in der Berliner Verwaltung bundesweit einzigartig vorsieht. Der Senator zeigte auf, wie eng demografische Probleme, Bildungsfragen





und Lohnpolitik mit gleichstellungspolitischen Aspekten verflochten sind.

Im Zusammenhang mit den laufenden Tarifverhandlungen zeigte sich Wolf optimistisch, dass noch vor Weihnachten die Betroffenen Klarheit über Anpassungen ihrer Bezüge und ihre Einkommensperspektiven gewinnen werden.



### Landeszentrale für politische Bildungsarbeit mit breitem Angebot zur Demokratieförderung

Das breite Angebot der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit präsentierte die Leiterin der Einrichtung, Ruth Ellerbrock, den Teilnehmern der Personalrätekonferenz des dbb berlin. Geschichtliche, zivilgesellschaftliche, philosophische und religiöse Themen werden in Publikationen und Veranstaltungen der Landeszentrale ebenso aufgegriffen wie Fragen der Lobby- und Vereinsarbeit oder aktuelle politische Schwerpunkte wie Umweltschutz, Migration oder Ab-



wehr von Rechtsextremismus. Auch Förderungsmaßnahmen und Vernetzungen der Landeszentrale zielen darauf ab, Multiplikatoren aber auch Einzelpersonen fit für eine sachliche, demokratische Auseinandersetzung zu machen.

### Erfolgreicher Verwaltungsaufbau in der Zentralen Medizinischen Gutachtenstelle

Mit der Zentralen Medizinischen Gutachtenstelle, kurz ZMGA, die beim Landesamt für Gesundheit und Soziales angesiedelt ist, stellte sich eine weitere Dienststelle den Personalräten vor. Leiterin Dr. Renée Wirtmüller und ihre Kolleginnen Dr. Marion Lenk und Dr. Regina Simon lieferten ein gelungenes Beispiel für



den Aufbau einer neuen Verwaltung, die aus den amts- und vertrauensärztlichen Diensten der Bezirke hervorgegangen ist. Mittlerweile arbeitet in der ZMGA ein mehr als sechzigköpfiges Team, das berner-



kenswerte kollegiale und gerechtere Wege, unter anderem bei der Verteilung der Arbeit untereinander, gefunden hat.

### Personalräte entsetzt über Haltung des Senats bei den Besoldungsrückständen

Der stellvertretende Landesvorsitzende des dbb berlin, Bernd Raue, informierte die Personalräte über den aktuellen Stand der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst des Landes Berlin. Gleichzeitig beschrieb er die von der dbb tarifunion während der Ta-



2009 für die Beamtinnen und Beamten nicht ausgeglichen werden sollen, rief absolutes Unverständnis und Entsetzen bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Personalrätekonferenz hervor. Das Stimmungsbild bei den Personalräten deckt sich mit den vielen Unmutsäußerungen, die den dbb berlin erreichen. Der Landeshauptvorstand des dbb berlin wird in einer außerordentlichen Sitzung das weitere Vorgehen beraten.

rifverhandlungen erhobenen Forderungen zur Übernahme des Tarifrechts der Länder ab 1. Januar 2010. Der Landesvorsitzende des dbb berlin, Joachim Jetschmann, berichtete der Personalrätekonferenz eingehend über die Haltung des Senats zur den Besoldungsrückständen im Land Berlin. Die Haltung des Senats, dass die Besoldungskürzungen ab 2003 und die nicht vorgenommenen Besoldungsanpassungen ab August 2004 nach Auslaufen des Solidarpaktes Ende



## Beamtenpolitisches Grundsatzgespräch

### Konfrontation und konstruktive Zusammenarbeit beim beamtenpolitischen Grundsatzgespräch

Das Klima beim beamtenpolitischen Grundsatzgespräch des dbb berlin mit dem Innensenator am vergangenen Freitag (13. November 2009) war von konstruktiver Zusammenarbeit und Konfrontation bestimmt. Bei der Erörterung der Besoldungsrückstände bei den Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin prallten die unterschiedlichen Auffassungen aufeinander. Schon bei der Bewertung der Ausgangslage herrschte zwischen Innensenator und der Delegation des dbb berlin Uneinigkeit. Während der Senat kei-

nen Anlass sieht, die Kürzung der Sonderzahlung und die Streichung des Urlaubsgeldes im Jahre 2003 rückgängig zu machen, vertrat der dbb berlin die Ansicht, dass die Minderungen der Dienstbezüge als Bestandteil des Solidarpaktes für den öffentlichen Dienst befristet sind.

Den vom dbb berlin auch aus Gerechtigkeitsgründen eingeforderten finanziellen Ausgleich der Gehaltskürzungen seit 2003 zum 1. Januar 2010 will der Senat mit Hinweis die finanzielle Lage des Landes Berlin und



Die Delegation des dbb berlin

im Vergleich zur Höhe der Sonderzahlungen in den anderen Bundesländern ab September 2006 nicht entsprechen.

Vom dbb berlin wurde diese Argumentationskette zurückgewiesen.

„Was für die Tarifbeschäftigten ab Januar 2010 gelten wird, muss auch für die Beamtinnen und Beamten gelten,“ so der Landesvorsitzende des dbb berlin, Joachim Jetschmann, während des beamtenpolitischen Grundsatzgesprächs mit dem Innensenator.

Die durch die nicht vorgenommenen Anpassungen der Grundgehälter ab August 2004 eingetretenen Besoldungsrückstände bei den Beamtinnen und Beamten erkannte der Innensenator zwar an, sah aber keine Möglichkeit, diese auszugleichen.

Er gab lediglich Überlegungen bekannt, wonach der für die Tarifbeschäftigten des Landes Berlin vereinbarte Sockelbetrag in Höhe von 65 Euro „irgendwie“ auch für die Beamtinnen und Beamten übernommen werden sollte. Weitere Überlegungen zur Besoldungsentwicklung stellte der Innensenator nach Abschluss der laufenden Tarifverhandlungen zur Übernahme des neuen Tarifrechts der Länder in Aussicht. Die Aufnahme von Verhandlungen über die Besoldung der Beamtinnen und Beamten lehnte er bis dahin ab.

Berlins Innensenator Ehrhart Körting lehnte die Aufnahme von Besoldungsverhandlungen bis zum Abschluss der laufenden Tarifverhandlungen ab.

Der Berliner dbb Chef Joachim Jetschmann verlangte eine Gleichbehandlung der Beamten mit dem Tarifbereich des öffentlichen Dienstes.

oder zum Beispiel bei der Versammlung der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte am 3. November sowie bei den Beamtinnen des einfachen und mittleren Dienst oder den beamteten Ärztinnen und Ärzten des öffentlichen Gesundheitsdienstes geäußert worden ist.

„Der Senat hat es selbst in der Hand, ob er den Weg der Konfrontation mit den Beamtinnen und Beamten fortsetzt und so besondere Aktionen provoziert,“ erklärte der Landesvorsitzende des dbb berlin.

Über das beamtenpolitische Grundsatzgespräch wird am 17. November der Landeshauptvorstand des dbb berlin unterrichtet. Die zum 23. November einberufene Personalrätekonzferenz des dbb berlin wird sich auch mit den Besoldungsrückständen befassen.

Die Erörterungen zu den vom dbb berlin vorgeschlagenen weiteren Themen: Personalbedarfskonzept 2013, Bearbeitung der Anträge auf Gewährung von Beihilfen, Verhältnis von § 76 Absatz 3 Satz 3 2. Halbsatz LBG zur § 46 Absatz 2 LBhVO, Dienstrechtsreform in den Modulen Besoldung und Versorgung, Gewährung von Mehrarbeitsvergütung und Erschwerniszulagen, Versorgungsauskünfte, Anpassungsfaktoren nach § 69 e BeamtVG, Informationen zur „Versorgungslücke nach § 14 a BeamtVG im Bereich der Bildungsverwaltung, Versorgungsabschlag für teilzeitbeschäftigte Beamtinnen, Bekleidungsordnung für die Berliner Justizverwaltung, Einführung der integrierten Sekundarschule/dienstrechtliche Begleitvorschriften, Ausführungsvorschriften über die Verpflichtung zum Tragen von Dienstkleidung, Anforderungen von Personalakten durch die Strafverfolgungsbehörden, Ände-



Der Innensenator von Berlin Ehrhart Körting.



Der Berliner dbb Chef Joachim Jetschmann.

Der dbb berlin forderte die sofortige Aufnahme von Verhandlungen. Im Mittelpunkt dieser Verhandlungen muss die Anpassung der Besoldung an das Besoldungsniveau der anderen Bundesländer stehen. Dabei verwies die Verhandlungsdelegation des dbb berlin insbesondere auf die vorgelegten Erhebungen über die Besoldungsrückstände im Land Berlin.

Der Landesvorsitzende des dbb berlin, Joachim Jetschmann, schilderte den deutlich gestiegenen Unmut der Beamtinnen und Beamten über die Haltung des Senats, wie er in den vergangenen Wochen auf den Personalversammlungen in den Dienststellen

rungen der Erholungsurlaubsverordnung, Muster-Gestellungsvertrag für die Zuweisung einer Tätigkeit bei anderen Einrichtungen nach § 20 BeamtStG, Verschwiegenheitspflicht nach § 37 BeamtStG, Schutz beamteter Mitglieder des Hauptpersonalrates pp. nach § 44 PersVG, Freistellung von Ersatzmitgliedern des Hauptpersonalrates zur Teilnahme an den Sitzungen usw., Rückforderung von Bürokostenentschädigung bei Gerichtsvollziehern, erfolgte in konstruktiver Zusammenarbeit. Über die Gesprächsergebnisse wird in Gremien des dbb berlin umfassend berichtet werden.

# Scherbengericht

## Pilotierung einer Sozialberatung in der Berlin Justiz

Am 21. Oktober 2009 hat die Senatorin für Justiz, Gisela von der Aue, die Dienstvereinbarung über die Pilotierung einer Sozialberatung in der Berlin Justiz unterschrieben. Für den Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz hat ein Vorstandsmitglied der Gruppe der Arbeitnehmer die Dienstvereinbarung unterzeichnet. Damit ist das Erfordernis nach § 29 Absatz 3 des Personalvertretungsgesetzes nicht erfüllt. Danach hätte auch ein Vertreter der Gruppe Beamte die Dienstvereinbarung unterschreiben müssen. Dieser Mangel könnte die Wirksamkeit der Dienstvereinbarung gefährden. Das Ziel der beabsichtigten Sozialberatung in Zusammenarbeit mit der Sozialberatung der Polizei ist der Erhalt und die Wiederherstellung der Arbeits- und Dienstfähigkeit der im Geschäftsbereich des Gesamtpersonalrates der Berliner Justiz beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Beamtinnen und Beamte bei den Gerichten, Strafverfolgungsbehörden und Justizvollzugseinrichtungen.

## Krankheitsbedingt nicht erbrachter Dienst

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg – OVG 4 N 71.07 – hat die Zulassung der Berufung der Senatsverwaltung für Justiz gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts vom 20. Juni 2007 am 31. Juli 2008 – VG 7 A 50.07 Berlin – abgelehnt. Die Senatsverwaltung für Justiz hatte vorgetragen, dass der krankheitsbedingt nicht erbrachte Dienst an einem Sonnabend und einem Sonntag nicht auf die Arbeitszeit anzurechnen sei, weil er über die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit in der betreffenden Kalenderwoche hinausgehe. Durch das Oberverwaltungsgericht wurde festgestellt, dass die von der Senatsverwaltung für Justiz auf § 1 Absatz 1 sowie § 3 Absatz 1 und 2 AZVO abgestellte Argumentation ausblendet, dass die Arbeitszeit der Klägerin eben abweichend eingeteilt wird (vgl. § 5 Absatz 1 AZVO). Bei der Dienstplangestaltung im Justizvollzug wäre es systemwidrig, für die Berücksichtigung von Erkrankungen auf die Arbeitsleistung in der jeweiligen Kalenderwoche abzustellen, denn für die Klägerin gilt als Vorgabe einer Arbeitszeit von 40 Stunden in der Woche (§ 1 Absatz 1 AZVO) gerade nicht für die



konkrete Kalenderwoche, sondern nur als Durchschnittswert für den Zeitraum eines Jahres. Auch hat das Oberverwaltungsgericht festgestellt, dass es sich nicht um Mehrarbeit des Landesbeamtenrechts handelt. Die Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte Koblenz und Münster vom 11. April 1990 – 2 A 83/89- und 29. Juli 1998 – 12 A 2686/96 – wurden als nicht einschlägig bezeichnet. Erst im Juni 2009 erfolgte für die Justizvollzugsbeamtin die Gutschrift der Zeitstunden.

## Kürzung der Erschwerniszulagen im Krankheitsfall

Die Senatsverwaltung für Justiz hat angeregt, dass entsprechend einer Anregung des Rechnungshofes von Berlin eine Anpassung der Fortzahlungsregelungen für die Wechselschicht- und Schichtzulagen nach der Erschwerniszulagenverordnung erfolgen soll, um eine Gewährung der Wechselschichtzulage nur nach den tatsächlich geleisteten Dienstschichten vornehmen zu können. Damit soll die bislang geltende Abrechnung der Dienstschichten im Krankheitsfall modifiziert werden. ■



# Kann man der Senatsverwaltung noch trauen?

In wiederholter Darstellung war und ist aus der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung zu hören, dass der Unterricht zu 100 % abgedeckt ist.

Die teilweise dramatischen Darstellungen der letzten Zeit über fehlende Lehrkräfte an den Schulen haben mich bewogen, die Angaben jedoch genauer zu betrachten. Bei den Recherchen musste ich feststellen, dass die Senatsverwaltung äußerst spärlich Öffentlichkeit als auch Personalräte informiert. Ich musste sogar den Eindruck gewinnen, dass die tatsächlichen Daten als geheim eingestuft werden. Sollen Öffentlichkeit und Beschäftigungsvertretung getäuscht werden? Die bis vor das Verwaltungsgericht ausgetragene Auseinandersetzung des Gesamtpersonalrates über die langzeiterkrankten Kolleginnen und Kollegen zeigt, dass die Senatsverwaltung trotz entsprechender rechtlicher Verpflichtung wenig kooperationsbereit ist.

Die Auswertung der Daten der Senatsverwaltung führt im Ergebnis zu deutlichen Defiziten in der Versorgung der Schulen mit Lehrkräften. Diese Defizite spiegeln sich in entsprechenden und wiederholten Darstellungen von Schulleitungen und regionalen Schulaufsichten wider. Ausstattungen bis unter 90 % sind in den Unterlagen zu finden.

Wenn Schulleitungen mit Ausstattungen von ca. 95 % mehr oder weniger zufrieden Unterricht organisieren, spricht dies nur für die Schulleitungen, die bemüht sind, den Schülerinnen und Schülern einen möglichst angemessenen Unterricht zu bieten. Die Belastungen z. B. durch höhere Klassen-/Kursfrequenzen gehen jedoch zu Lasten der Lehrerinnen

und Lehrer und der Schülerinnen und Schüler. Die Anzahl von weit über eintausend dauererkrankten Lehrkräften spricht eine deutliche Sprache. Der Versuch zu einem konstruktiven Gespräch mit der Senatsverwaltung zu kommen ist gescheitert. Aus dem Gespräch bleibt bemerkenswert, dass die Daten, die seitens der Senatsverwaltung den Personalräten zur Verfügung gestellt wurden und Grundlage entsprechender so genannter Monatsgespräche mit der Verwaltung waren, im Nachhinein als falsch deklariert wurden. Sollten die Personalräte getäuscht werden? Nur mit so genannten Insiderkenntnissen kann man erkennen, dass die öffentlich genannten Ausstattungen der Schulen (z. B. Internet) sich nur auf einen Teil des Lehrkräfteanspruchs der Schulen beziehen. Die tatsächliche Ausstattung wird nicht genannt. Sollte die Öffentlichkeit getäuscht werden?

Auch den Abgeordneten des Abgeordnetenhauses werden nur Teilangaben zur Verfügung gestellt, die die tatsächlichen Verhältnisse und Probleme der Personalausstattung der Schulen nicht angemessen wiedergeben. Zu der kleinen Anfrage 16/13744 vom 23. September 2009 antwortet die Senatsverwaltung Ende Oktober mit verschleierte Zahlen. Die Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden liegen bei 2.600 VZE. Enthalten ist dabei ein wesentlicher Teil von Aufgaben der Hauptverwaltung, die Lehrkräfte übernommen haben. Dies wäre u. a. Ausbildung der Referendare, Fortbildung, Verwaltungstätigkeiten, etc. Der Umfang ist vermutlich noch höher, da u. a. auch zusätzlich Ausbildungskapazitäten geschaffen wurden. Entweder ist dieser Bedarf nicht enthalten oder er wurde den einzelnen Schularten zugeordnet; also stimmt entweder der Lehrkräftebedarf nicht oder der tatsächliche Lehrkräftebedarf der einzelnen Schularten gibt nicht den tatsächlichen Bedarf der Schulen wieder. Unabhängig von der Zuordnung der Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden muss festgestellt werden, dass unter Hinzurechnung der langzeiterkrankten Lehrkräfte fast 4.000 VZE nicht dem Unterricht der Berliner Schule zur Verfügung stehen. Dies entspricht einem Umfang von ca. 15 % der Lehrkräfte.

Eine sachgerechte Aussage zur tatsächlichen Personalausstattung mit einer entsprechenden Gegenüberstellung zum Bedarf erfolgt nicht.

In der kleinen Anfrage 16/13744 werden nur Altersabgänge und Einstellungen dargestellt. Bewusst oder nicht bewusst werden unterschiedliche Zeiträume (Kalender-/Schuljahr) genannt. Sollte ein korrekter Vergleich verhindert werden? Dennoch kann man in einer Abschätzung einen deutlichen Verlust qualifizierter Lehrkräfte feststellen.



Das Leitungsteam des DPHV BB – Gabriela Kasigkeit (Mitglied der Bundesleitung), Kathrin Wienczek (Landesvorsitzende) und Ferdinand Horbart (stellvertr. Landesvorsitzender).

Die altersbedingten Abgänge werden vermutlich noch steigen. Ein qualifizierter und ausreichender Nachwuchs (z. B. in den MINT-Fächern – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) fehlt; zumal weiterhin andere Bundesländer deutlich bessere Anstellungsbedingungen bieten. Schon heute verdient ein Studienrat in Bayern über 400 Euro pro Monat (!) mehr. Auffällig ist, dass parallel zum erheblichen Problem in diesem Bereich voll ausgebildete Lehrkräfte einstellen zu können, die Stundentafel in der neuen SEK-I-Ordnung in den Naturwissenschaften für die neuen Sekundarschulen um auf bis zu 50 % gekürzt werden soll. Soll hier zu Lasten der Schülerinnen und Schüler auf eine sachgerechte schulische Ausbildung in den Naturwissenschaften verzichtet werden?

Wie zuverlässig sind die Zahlen wirklich? Am 6. Oktober 2009 (Drucksache 16/20484) verkündet die Senatsverwaltung einen gemeldeten Bedarf von 25.942 VZE und stellt diese Angaben der Planung von 25.998 VZE gegenüber. Am 23. Oktober 2009 existiert der gemeldete Bedarf nicht mehr.

In der nicht behandelten mündliche Anfrage Nr. 14 des Abgeordnetenhauses wird am 6. Oktober 2009 ein gemeldeter Lehrkräftebestand von 25.864 VZE angegeben. Schon der Vergleich gemeldeter Bedarf /gemeldeter Bestand ergibt eine Defizit von 78 VZE. Ferner verschleiert die ausschließliche Angabe einer Summe des Lehrkräftebestandes den Sachverhalt, dass zu einem deutlichen Anteil der Unterricht durch nicht ausreichend qualifizierte Lehrkräfte erteilt wird. Eine Auswertung der Daten der befristet beschäftigten Lehrkräfte ergab für das Schuljahr 2008/2009 einen Anteil von ca. 40 % nicht voll ausgebildeter Lehrkräfte. Nach den ersten Abschätzungen dürften die Zahlen für das Schuljahr 2009/2010

vergleichbar sein. Zusätzlich werden den Schulen Referendare auf den gemeldeten Bedarf angerechnet, sodass ggf. reguläre Lehrkräfte den Schulen abgezogen werden.

Im Rahmen der Personalkostenbudgetierung (kurz „PKB“) sind in der Regel kaum qualifizierte Lehrkräfte zu finden, da es sich zunächst um kurzfristige Teilzeitverträge handelt. Der Beschäftigungsumfang beträgt ca. 3 % des Lehrkräftebedarfs von knapp 26.000 VZE. Entsprechenden Ausführungen von Vorstandsmitgliedern örtlicher Personalräte und Einlassungen von Schulaufsichtsbeamten muss man entnehmen, dass entgegen der Regelungen PKB-beschäftigte Lehrkräfte Regelunterrichtsbedarf abdecken. PKB-Beschäftigte dürften eigentlich nur als kurzfristige Krankenvertretung Unterricht erteilen.

Einer ersten Abschätzung nach fehlen Berlin 1.500 bis 2.000 ausgebildete Lehrkräfte. Einseitige parteipolitische Bildungsziele stehen offensichtlich im Vordergrund und werden konsequent zu Lasten der Beschäftigten und Schülerinnen und Schüler umgesetzt.

Eine ernsthafte Bereitschaft die Probleme der Schulen, der Beschäftigten und der Schülerinnen und Schüler aufzugreifen ist nicht festzustellen; jedoch mit großem Aufwand versucht man, ohne die ausreichenden Rahmenbedingungen vor Ort zu schaffen, die Änderung der Schulstruktur Berlin überzustülpen.

Einer derartigen Bildungs- und Personalpolitik kann ich nicht mehr vertrauen.

*Ferdinand Horbat  
stellv. Vorsitzender des DPHV BB und Mitglied des  
Gesamtpersonalrats der allgemeinbildenden Schulen*

# Mehr Teilhabe für Senioren in Beruf und Ehrenamt

## Altersbeschränkungen überprüfen

Der Senat wird aufgefordert, Senioren noch mehr Möglichkeiten zu Teilhabe in Beruf und Ehrenamt einzuräumen, um ihnen so eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und die Chancen des demografischen Wandels zu nutzen.

Dazu sind

1. alle Altershöchstgrenzen in Gesetzen, Verordnungen des Landes Berlin zu erfassen und kritisch darauf zu untersuchen, ob sie noch geeignet sind, die mit ihnen verfolgten Ziele zu erreichen, und ob aufgrund des demografischen Wandels und einer

veränderten Lebenswirklichkeit von Senioren entsprechende Änderungen der Altersbeschränkungen vorgenommen werden müssen.

2. bei entsprechenden Ergebnissen und nach Auswertung der Studie „Altersgrenzen und gesellschaftliche Teilhabe“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend konkrete Handlungsvorschläge zur Änderung oder Abschaffung von Altersgrenzen zu erarbeiten.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2009 zu berichten. ■

# „Personalmanagement“

## Studiengang und Fortbildung – Zusammenarbeit der dbb akademie mit der Steinbeis-Hochschule

### Kompetenzen für eine Verwaltung im Wandel

Öffentliche Verwaltung sieht sich heute veränderten Herausforderungen gegenüber. Wo früher strenge, oft starre Strukturen galten, werden jetzt Flexibilität und Kunden- bzw. Bürgernähe verlangt. Eine moderne, innovative Verwaltung ist kosteneffizient, leistungsorientiert und arbeitet mit einem zeitgemäßen Rechnungswesen.

### Mitarbeiter vor neuen Herausforderungen

Der geforderte Wandel im öffentlichen Sektor verlangt nach neuen Kompetenzen. Um ihre Schlüsselrolle bei der Modernisierung von Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen erfolgreich zu erfüllen, müssen Mitarbeiter und Führungskräfte nicht nur über fachliche Qualifikation verfügen – sie müssen strukturiert denken und arbeiten, eigenständig organisieren und selbstinitiativ Entscheidungen treffen können. Unser Bildungsangebot setzt genau bei diesem Bedarf an. Wir unterstützen Sie bei Ihrer Karriere!

### Profil der Bildungspartner

Die **Akademie für öffentliche Verwaltung und Recht** ist ein Institut der staatlich anerkannten privaten Steinbeis-Hochschule Berlin. Die Bachelor- und Masterstudiengänge an der Akademie für öffentliche Verwaltung und Recht werden von der FIBAA akkreditiert.

Die **dbb akademie** ist die wissenschaftliche Fortbildungseinrichtung des dbb. Seit mehr als 30 Jahren führt die dbb akademie anerkannte praxisnahe Fortbildung für Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst durch.

### Der Bachelor-Studiengang: Public Management – Personalmanagement in Behörden und Einrichtungen

Der berufsbegleitende Studiengang mit der Vertiefungsrichtung „Personalmanagement in Behörden und Einrichtungen“ richtet sich ganz gezielt an Mitarbeiter und Führungskräfte des Personal und Organisationswesens im mittleren und gehobenen Dienst. Ihnen vermittelt die Vertiefungsrichtung „Personalmanagement in Behörden und Einrichtungen“ rechtliche, organisatorische und Managementkenntnisse und bereitet sie so auf verantwortungsvolle Aufgaben in ihrem Tätigkeitsfeld vor.

### Umfassend. Fundiert. Individuell. Flexibel.

Das **Grundstudium** bietet den Studierenden eine allgemeine wissenschaftliche Einführung in die Bereiche: Wissenschaftliches Arbeiten, Wirtschaft (VWL & BWL), Strategie und Führung, Finanzmanagement, Marketing, Organisation und Personal, Kommunikation, Recht. Im anschließenden Vertiefungsstudium erwerben Sie in Pflicht- oder Wahlpflichtmodulen die Schlüsselqualifikationen für eine moderne Verwaltung – z. B.: Öffentliches Dienstrecht, Personalmanagement, Führung und Zusammenarbeit, Personal- und Organisationsentwicklung, Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung, Personalinformationsmanagement, Informationsmanagement und IT.

Zusätzlich begleitet Sie Ihr persönlicher „roter Faden“, Ihr transferorientiertes **Projekt** durch das Studium.

### Zugangsvoraussetzungen und Bewerbung

Der Abschluss „Bachelor of Arts“ ist ein staatlich anerkannter Hochschulabschluss. Sie können diesen Abschluss auch ohne Abitur erreichen – wenn Sie das nötige Leistungspotenzial, die Lernbereitschaft und die folgenden Voraussetzungen mitbringen.

### Kosten

Die Studiengebühr für den Bachelor-Studiengang „Personalmanagement, Prüfung und Controlling“ beträgt monatlich 275,00 Euro.

### Die Vorteile des Studiums in Kürze:

- Beruf und Weiterbildung lassen sich vereinbaren.
- Sie studieren zeitlich flexibel.
- Sie können die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten direkt einsetzen.



- Die Ausbildung ist gleichzeitig praxisrelevant und akademisch fundiert.
- Sie erwerben einen staatlich anerkannten Hochschulabschluss – auch ohne Abitur.
- Sie werden intensiv betreut durch erfahrene, qualifizierte Dozenten und Professoren.
- In den Intensivseminaren lernen Sie in überschaubaren Gruppen.
- Mit dem Abschluss „Bachelor of Arts“ eröffnen Sie sich neue Karrierechancen und ebnen den Weg zu einem anschließenden Masterstudium

### Die dbb akademie bietet Ihnen folgende Fortbildungen im Bereich Personalmanagement:

Die Veranstaltungen der dbb akademie sind praxisnah und modern. Erfahrungen, neue Entwicklungen werden anwendungsorientiert unterrichtet:

- Personalbedarfsanalyse
- Stellenbeschreibungen, Tätigkeitsbewertungen, Eingruppierung
- Anforderungsprofil
- Personalbeschaffung, Personalauswahlverfahren
- Integration neuer Mitarbeiter
- Mitarbeitergespräch und Zielvereinbarung

- Beurteilungen, Leistungsbewertung
- Potenzialanalyse und -bewertung
- Fortbildungsplanung und -konzepte
- Führungskräfteentwicklung
- Teamentwicklung
- Mitarbeiterbefragungen
- Fehlzeitenmanagement

Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, Seminare der dbb akademie auf den o. g. Studiengang anzurechnen – so sparen Sie beim Studium Zeit und Geld. Mit diesem Angebot fördern wir die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Fortbildung und akademischer Hochschulbildung.

### Interessant für dbb Mitglieder: Sie erhalten auf alle Angebote 10 % Nachlass.

Weitere Informationen zu Eignungsprüfung, Zulassung und Bewerbungsverfahren sowie zur Anerkennung von Fortbildungen stehen auf unserer Website oder wenden Sie sich einfach direkt an uns:

Hans-Joachim Rieger, Tel.: 02244.882–203,  
E-Mail: h.rieger@dbbakademie.de

Ramona Groneberg, Tel.: 030.81 46 98 50,  
E-Mail: ramona.groneberg@stw.de

# Vermögensgeschäfte

## Vermögensgeschäft Nr. 14/2009 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte

Das Abgeordnetenhaus von Berlin stimmt der Zuordnung der nachfolgend genannten Grundstücke zum

Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) mit Wirkung zum 1. Januar 2010 zu:

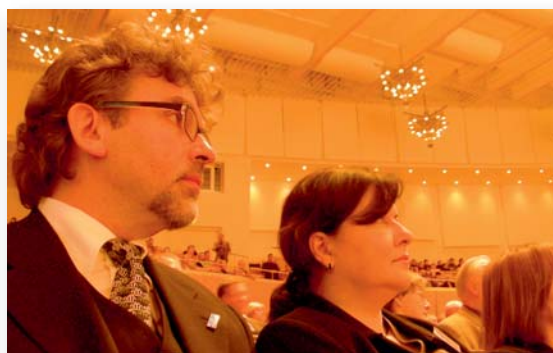
Lfd. Nr.	Liegenschaft	Justizeinrichtung	Bezirk Berlin	Flurstück	Grundstücksfläche in m <sup>2</sup>
1.	Friedrich-Olbricht-Damm 8-36, Saatwinkler Damm 1, 1 a	(JVA Plötzensee, Justizvollzugs-krankenhaus)	Charlottenbug-Wilmersdorf	369	116.763 (Anlage 1)
2.	Friedrich-Olbricht-Damm 15, 17	(JVA Charlottenburg)	Charlottenburg-Wilmersdorf	231	43.342 (Anlage 2)
3.	Friedrich-Olbricht-Damm 40	(Jugendstrafanstalt)	Charlottenburg-Wilmersdorf	318	39.472 (Anlage 3)
4.	Lehrter Str. 60, 61	(Standort JVA Plötzensee)	Mitte	248	1.023 (Anlage 4)
5.	Lützowstr. 45 Kirchhainer Damm 66	(Jugendarrestanstalt Berlin, Jugendstrafanstalt Berlin, Untersuchungshaftbereich Kiefergrund)	Tempelhof-Schöneberg	83/003	41.464 (Anlage 5)

## 23. Deutscher Berufschultag in Bamberg am 13. November 2009

Rund 700 internationale und nationale Gäste aus Schule, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik und Delegierte des BLBS, die ihre 89.000 Mitglieder aus den 16 Landesverbänden vertreten, verfolgten interessiert die Referate und die anschließende Podiumsdiskussion zum Thema „Berufliche Schulen erschließen Welten“. Der BLBS-Bundesvorsitzende, Berthold Gehlert, forderte in seiner Rede eine staatliche Koordinierungsstelle für die berufliche Bildung, in der die bildungspolitischen Vorstellungen der Sozialpartner,

der Kammern, der Bundesländer und der Lehrerverbände zu einem Ausgleich gebracht werden könnten. Hintergrund ist das starke Ungleichgewicht bei den Zuständigkeiten im dualen System der Berufsausbildung. Weiterhin hob er die Bedeutung der beruflichen Schulen zur Durchlässigkeit des Schulsystems, vom Hauptschulabschluss zum Abitur verbunden mit qualifizierten Berufsabschlüssen, hervor.

*Margit Jopp*  
 BLBS-Landesvorsitzende



Die Landesvorsitzende des BLBS Berlin, Margit Jopp, gratuliert Berthold Gehlert zur Wiederwahl zum Bundesvorsitzenden des BLBS.

# Zur Schulstrukturreform

Der **BLBS LV Berlin** begrüßt die Bereitschaft des Senators für Bildung, Wissenschaft und Forschung von Berlin, eine Schulstrukturreform mit dem Ziel anzustoßen, dass Schülerinnen und Schüler besser auf die Berufsausbildung und auf das Berufsleben vorbereitet werden. Nicht nur die allgemeinbildenden Schulen sind davon betroffen, auch die Oberstufenzentren sind verantwortlich einzubeziehen.

Die Berliner Oberstufenzentren (der **BLBS LV Berlin** war an ihrer Planung maßgeblich beteiligt) praktizieren seit über 30 Jahren die Durchlässigkeit vom Hauptschulabschluss zum Abitur, verbunden mit qualifizierten Berufsabschlüssen. Diese Erfahrungen und Ressourcen stellen wir uneingeschränkt der Politik und der Wirtschaft zur Verfügung.

Die Vorbereitung auf das Berufsleben beginnt bereits im Vorschulalter und wird durch die darauf aufbauende Schulstruktur weitgehend beeinflusst.

Für die Nachhaltigkeit von Reformprozessen besteht die Notwendigkeit, eine Zeitspanne von mindestens 15 Jahren zu berücksichtigen. Hierfür fordert der **BLBS LV Berlin**:

- nachhaltig qualifiziertes Personal (Aus- und Weiterbildung muss gesichert sein),
- ausreichende finanzielle Mittel für die OSZ,
- Überzeugungsarbeit beim Lehrpersonal und in der Gesellschaft,
- Datenbanken für mehr Information,
- besondere Koordinierungsmaßnahmen (Steuerungsgruppen).

Der **BLBS LV Berlin** unterstützt die Maßnahmen, die den Kindern frühzeitig Einblicke in die Berufswelt ermöglichen. Erleben und Anfassen ist die beste Motivation und die sicherste Lernform. Die OSZ können den Kindern und Jugendlichen erste Eindrücke durch folgende Angebote verschaffen:

- Phase 1: Kinder erkunden die Arbeitswelt.
- Phase 2: Kinder und Jugendliche informieren sich über spezielle Berufsbilder und -felder.
- Phase 3: Jugendliche erhalten weitere Bildungsperspektiven am OSZ (z. B. Fachabitur, fachgebundene Hochschulreife, Doppelqualifikationen auch für beruflich besonders begabte Jugendliche wie für Jugendliche mit Migrationshintergrund).

# BLBS

Landesverband Berlin

Betriebspraktika in den Betrieben, die die Berufsbildungsreife fördern, sind von der Handwerkskammer und der IHK in Zusammenarbeit mit den OSZ's zu planen. Bei den Kontaktgesprächen fordert der **BLBS LV Berlin** deshalb gerade jetzt für ein erfolgreiches Gelingen der Schulstrukturreform eine intensive Kooperation und Abstimmung zwischen Senat, allgemeinbildenden Schulen, OSZ und Wirtschaft.

Der **BLBS LV Berlin** warnt davor, dass sich mit der Berliner Schulstrukturreform die Arbeitsbedingungen an den OSZ verschlechtern. Es darf nicht dazu führen,

- dass die zusätzlichen Aufgaben eine Erhöhung der Arbeitszeit zur Folge hat,
- dass Arbeitsverdichtung und höhere Belastung der Kolleginnen und Kollegen folgt,
- dass die Hauptaufgabe der OSZ's, die Berufsausbildung, vernachlässigt wird.

Der **BLBS LV Berlin** appelliert an alle Beteiligten, diese Berliner Schulstrukturreform mit gemeinsamen Anstrengungen zum Erfolg zu führen, damit die Schülerinnen und Schüler mit besseren Bedingungen und somit erfolgreicher ihre Ausbildung, ihr Studium und ihr berufliches Leben bestreiten können.

Mit freundlichen Grüßen



Margit Jopp, Landesvorsitzende des **BLBS LV Berlin**,  
den 20. November 2009

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer  
an beruflichen Schulen, Landesverband Berlin e. V.



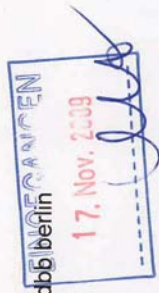
Dezember 2009

Senatsverwaltung für Finanzen  
Der Senator

**berlin** Berlin

Senatsverwaltung für Finanzen, Klosterstraße 59, 10179 Berlin

Herrn  
Joachim Jetschmann  
Landesvorsitzender des dbb Berlin  
Mommensenstraße 58  
10629 Berlin



Geschäftszeichen  
II C - P 1500 - 1/2009  
Bearbeiterin  
Frau Winter  
Dienstgebäude  
Klosterstraße 59, Berlin-Mitte  
Zimmer 2009  
Telefon (030) 9020 - 3434  
Telefax (030) 9020 - 2652  
E-Mail  
sandra.winter@  
senfin.berlin.de

Internet [www.Berlin.de/sen/finanzen](http://www.Berlin.de/sen/finanzen)  
Verkehrsverbindungen:

U Klosterstraße  
S+U Jannowitzbrücke

Datum  
10. November  
Oktober 2009

### Ihr Schreiben vom 01.10.2009 zu Besoldungsrückständen im Land Berlin

Sehr geehrter Herr Jetschmann,

für Ihr Schreiben vom 01.10.2009, mit dem Sie um Vereinbarung eines Gesprächstermins zum Themenkreis der Beamtenbesoldung im Land Berlin bitten, bedanke ich mich. Ich finde die vom dbb beamtenbund und tarifunion berlin herausgegebene Broschüre zu den Besoldungsrückständen im Land Berlin gegenüber dem Besoldungsniveau in ausgewählten anderen Bundesländern sehr informativ und ansprechend in der Darstellung. Ich habe auch Verständnis für Ihren Unmut angesichts der in anderen Bundesländern durchgeführten und im Land Berlin seit Inkrafttreten der Föderalismusreform I ausgebliebenen Besoldungserhöhungen. Wie Sie wissen, führen wir gerade Tarifverhandlungen für die Arbeitnehmer im unmittelbaren Landesdienst, an denen auch der dbb berlin teilnimmt. Von dem Ergebnis der Tarifverhandlungen wird abhängen, in welchem Umfang eine Besoldungsanpassung für die Berliner Landesbeamten und -beamtinnen vorgenommen werden kann.

Ich bin gerne zu einem Gespräch zum Thema Besoldungsniveau der Beamten bereit, würde dieses jedoch erst nach Vorliegen einer konkreten Tarifeinigung für den Arbeitnehmerbereich führen wollen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ulrich Nußbaum

**VERBAND BILDUNG UND ERZIEHUNG**  
VBE • LANDESVERBAND BERLIN  
MITGLIED IM DEUTSCHEN BEAMTENBUND UND TARIFUNION BERLIN



VBE BERLIN • Ebersstraße 10 • 10827 Berlin • ☎ 030/78 79 54 0

10827 Berlin, 18.11.2009  
Ebersstr. 10  
Telefon: (030) 78 79 540  
Telefax: (030) 78 79 54 11  
post@vbe-berlin.de  
www.vbe-berlin.de

Landesgeschäftsstelle:  
Mo, Di, Mi, Do: 8.00 – 16.00 Uhr  
Fr: 8.00 – 13.00 Uhr

Regierenden Bürgermeister

**Herrn Klaus Wowereit**

Rotes Rathaus  
Rathausstr. 15  
10178 Berlin

### OFFENER BRIEF

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

am 31. Dezember 2009 läuft der mit der Landesregierung abgeschlossene „SolidarPakt“ aus. Seit dem Jahre 2003 hat der Öffentliche Dienst dem Land Berlin damit 3,5 Milliarden € Personalkosten erspart. Dies ist ein enormer Betrag, der allen Beschäftigten in der Geldbörse gefehlt hat. Leider müssen wir jedoch feststellen, dass sich dadurch die Schuldenlast des Landes Berlin nicht wesentlich vermindert hat.

Wir sind für die Zukunft auch nicht bereit, weitere Solidarvereinbarungen abzuschließen, würde das doch die Wettbewerbssituation des Landes Berlin bei der Gewinnung qualifizierten Nachwuchses weiter verschlechtern. Im Bildungsbereich ist das jetzt schon sichtbar, nachdem Sie Lehrerinnen und Lehrer seit einigen Jahren nicht nur schlechter bezahlen als in anderen Bundesländern, sondern sie auch noch ausschließlich als Angestellte beschäftigen.

Im Jahre 2003 haben Sie den Gewerkschaften zugesagt, dass ab 2010 die Kürzungen durch den SolidarPakt aufgehoben werden. Wir müssen Sie nun auffordern, Ihren damaligen Worten auch Taten folgen zu lassen. Dazu gehören auch die Zahlung eines Urlaubsgeldes und der jährlichen Sonderzuwendung in der damals gewährten Höhe.

Damit sind wir allerdings immer noch schlechter gestellt als unsere Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern. Hier sollte über einen Ausgleich baldigst verhandelt werden.

Wie wir hören, wollen Sie jedoch keineswegs zu Ihrem Wort stehen. Den tarifbeschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gestehen Sie nur einen mageren Gehaltszuwachs von nicht einmal 2% zu, wie der Senator für Inneres anlässlich eines Gesprächs mit den Fachgewerkschaften des DBB mitteilte. Den Beamtinnen und Beamten wollen Sie eine weitere Nullrunde verordnen, obwohl auch für diese der SolidarPakt befristet war.

Damit werden wir uns jedoch keineswegs bescheiden. Wir müssen Sie auffordern, umgehend dafür zu sorgen, dass ernsthafte Tarifverhandlungen mit ebenso ernsthaften Angeboten begonnen werden. Weiterhin gehen wir davon aus, dass die Beamtinnen und Beamten an den Abschlüssen ungeschmäflert beteiligt werden. Zwar können beamtete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht streiken, aber neben dem Streik gibt es noch die Möglichkeit, Dienst nach Vorschrift zu machen. Dies wäre ganz sicher nicht im Interesse der uns anvertrauten Kinder. Es geht hier auch um die Glaubwürdigkeit der Aussagen politisch handelnder Personen. In einer Zeit, in der die Politikverdrossenheit immer mehr zunimmt, sollten Sie nicht zu denjenigen gehören, die dieses Gefühl bei den Wählerinnen und Wählern noch verstärken.

Mit freundlichen Grüßen

Helge Dietrich  
Landesvorsitzender

# Seminare 2010

Das Programm 2010 der dbb akademie  
[www.dbbakademie.de](http://www.dbbakademie.de)

## Starke Zielgruppe. Starke Themen.

Ist beim dbb – beamtenbund und tarifunion – berlin [post@dbb-berlin.de](mailto:post@dbb-berlin.de) erhältlich.

Es werden Veranstaltungen für alle Interessierten und offene Zielgruppen sowie spezielle Zielgruppen angeboten.

Die Seminare zur politischen Bildung führen die Interessierten vom Lernen zum eigenen Engagement.

In den Bereichen der beruflichen und persönlichen Fortbildung bietet das neue Seminarprogramm der dbb akademie folgende Themen an:

### 1. Dienstrecht

### 2. Arbeits- und Tarifrecht

### 3. Datenschutz

### 4. Rechtliche Spezialthemen

- Personal- und betriebliches Gesundheitsmanagement
- Persönliche Qualifizierung und Managementtechniken
- Kommunikation, Zusammenarbeit und Führung
- Kunden- und Bürgerorientierung
- Betriebswirtschaft, Verwaltungsreform
- Informations- und Kommunikationstechnik

### 5. European Public Management Certificate (EPMC)

### 6. Korruptionsbekämpfung und Integritätsmanagement

### 7. Gesundheitscoaching

In Zusammenarbeit mit der dbb akademie bietet der dbb – beamtenbund und tarifunion – berlin den Einzelmitgliedern der Mitgliedsgewerkschaften und -verbände 2010 folgende Seminare an:

- **Betriebsratsschulung 10. und 11. 2. 2010 im dbb forum berlin**  
Seminar Nr. 2010 P048 SK
- **Personalratsschulung 21. und 22. 4. 2010 im dbb forum berlin**

Das Programm wird spezielle Themen der aktuellen Personalratstätigkeiten behandeln. Bitte die besondere Seminarschreibung für Mitglieder in örtlichen Personalvertretungen beachten.

Seminar Nr. 2010 P053 SK

- **Personalratsschulung 15. 9. 2010 im dbb forum berlin**

Diese Schulung ist für die Mitglieder und Ersatzmitglieder im Hauptpersonalrat des Landes Berlin besonders geeignet. Bitte die besondere Seminar-

ausschreibung beachten.

Seminar Nr. P070 SK

- **Personalratsschulung 22. und 23. 9. 2010 im dbb forum berlin**

Das Schulungsangebot richtet sich insbesondere an die Mitglieder und Ersatzmitglieder in den Gesamtpersonalräten des Landes Berlin.

Seminar Nr. P062 SK

#### Anmeldung zur Personalvertretererschulung nach § 42 Absätze 3 und 4 PersVG-Bln/§ 37 Absatz 6 BetrVG

Ich möchte an folgendem Seminar teilnehmen:

Seminar Nr. 2010 \_\_\_\_\_

vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ 2010

im dbb forum berlin.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Privatanschrift: \_\_\_\_\_

Telefon privat: \_\_\_\_\_

Telefon dienstlich: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Dienststelle: \_\_\_\_\_

Mitglied in der Gewerkschaft: \_\_\_\_\_

Anschrift Kostenträger (Dienststelle): \_\_\_\_\_

Bestätigung des Kostenträgers/der Dienststelle:  
Die Kosten der Schulung werden getragen.

Unterschrift/Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift Teilnehmer/in: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Für gewerkschaftliche Funktionsträger/innen und Führungskräfte finden 2010 folgende Führungskräfte-seminare statt:

- **Mitgliedergewinnung, -betreuung und -aktivierung** 27. 1. 2010
- **Wirksame Öffentlichkeitsarbeit und Lobbyarbeit** 17. 3. 2010
- **Überzeugend gewerkschaftliche Positionen vertreten – Medien- und Trainingsseminar** 5. 5. 2010

- **Frauen in Führungsfunktionen** 6. 5. 2010
- **Moderne Gewerkschaftsarbeit** 13. 10. 2010

Die Anmeldungen zu den Führungskräfte-seminaren sind ausschließlich von den Mitgliedsgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin vorzunehmen. Die Kosten trägt der dbb berlin.

- **Jugendpolitisches Seminar 15. und 16. 9. 2010**  
Schwielowsee/Caputh  
Seminar Nr. B 153SK/10  
Teilnehmerbeitrag für Mitglieder 109,00 Euro
- **Staatspolitisches Seminar 29. und 30. 9. 2010**  
dbb forum berlin  
Seminar Nr. B168SK/10  
Teilnehmerbeitrag für Mitglieder 109,00 Euro

### Hinweis:

Für alle Veranstaltungen gelten die allgemeinen Geschäftsbedingungen der dbb akademie – Bildungs- und Sozialwerk e. V. – sowie die besonderen Ausschreibungsbedingungen des dbb berlin; bei unentschuldigter Nichtteilnahme an den Veranstaltungen wird der Teilnehmerbeitrag dem Einzelmitglied in Rechnung gestellt.

Rückfragen an:

dbb betreuungsverein berlin e. V.  
Mommensenstraße 58  
10629 Berlin  
Telefon: 030.32 79 52 14  
Telefax: 030.32 79 52 20  
E-Mail: p.stehr@dbb-berlin.de

# Der Vorteil der Klugheit besteht darin,

*dass man sich dumm stellen kann.*

Das Gegenteil ist schon schwieriger.

Kurt Tucholsky



Dezember 2009

### Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb – beamtenbund und tarifunion – berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung. Die nächste Redaktionskonferenz findet am 19. Januar 2010 statt.

Verantwortlich i. S. d. P.: Joachim Jetschmann, p. A. dbb berlin, Mommsenstraße 58, 10629 Berlin, Telefon 030.3279520, Telefax 030.32795220, E-Mail: post@dbb-berlin.de. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt. Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.  
Anzeigenverkauf: dbb verlag GmbH, Katy Netz  
Telefon 030.726191724, Telefax 030.726191740  
Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf. Layout: Marian-Andreas Neugebauer. Fotos: dbb berlin, MEV.



## Europäischer Abend

### Europäische Rechtsprechung Wohin steuert das soziale Europa?

Mittwoch, 9. Dezember 2009, 18.00 Uhr  
dbb forum berlin  
Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin

In Zusammenarbeit  
mit der Vertretung der  
Europäischen Kommission  
in Deutschland



## Europäischer Abend

### Europäische Rechtsprechung Wohin steuert das soziale Europa?

#### Programm

- 18.00 Uhr **Empfang und kleiner Imbiss**
- 18.30 Uhr **Begrüßung**  
*durch die Europa-Union Deutschland*
- 18.40 Uhr **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** *MdB, Bundesministerin der Justiz (angefragt)*
- 19.10 Uhr **„Die Europäische Rechtsprechung und das soziale Europa“**  
*Dr. Christine Stix-Hackl, Botschafterin der Republik Österreich im Großherzogtum Luxemburg, ehemalige Generalanwältin beim Europäischen Gerichtshof*
- 19.30 Uhr **Podium und Diskussion**  
**„Viking, Laval und Rüffert – was kommt danach?“**  
*Prof. Dr. Christian Calliess, Lehrstuhl für öffentliches Recht und Europarecht, Freie Universität Berlin*  
*Dr. Michael Dauderstädt, Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung*  
*Stefan Sträßer, Abteilung EU und Internationale Sozialpolitik, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)*  
*Moderation: Andreas Ulrich, rbb*
- 20.30 Uhr **Schlusswort**  
*Matthias Petschke, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland*
- Ausklang im dbb club**

Das Projekt wird gefördert durch Mittel der Europäischen Union.  
Die Verantwortung für den Inhalt trägt allein der Veranstalter. Die vorgetragenen Meinungen sind nicht notwendigerweise die der Europäischen Kommission.  
Anmeldung: [europathemen@dbb.de](mailto:europathemen@dbb.de) oder [europaeischer-abend@europa-union.de](mailto:europaeischer-abend@europa-union.de)